

Stefan Hassler wird Leiter des Amtes für Umwelt

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 5. November Stefan Hassler aus Vaduz zum Leiter des Amtes für Umwelt bestellt. Der bisherige Leiter, Helmut Kindle, verlässt die Landesverwaltung auf Ende März 2020 und geht in Frühpension. Stefan Hassler ist aktuell forensischer und beratender Rechtsanwalt im Zivil- und Strafrecht sowie im Staats- und Verwaltungsrecht mit eigener Kanzlei. Zudem ist er Inhaber und Geschäftsführer einer Unternehmensberatungsfirma und führt verschiedene Verwaltungsratsmandate aus. Hassler bringt fundierte Erfahrungen aus seiner früheren Tätigkeit beim Amt für Umweltschutz, als Mitarbeiter der Regierung im Ressort Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft sowie durch seine selbstständige Tätigkeit im Bereich «Ökologische Beratung und Projekte» mit. (ikr)



Stefan Hassler Bild: ikr

Polizeimeldung

Verkehrskontrollen im Oktober

Die Landespolizei führte Ende Oktober in Schaanwald mehrtägige Geschwindigkeitskontrollen durch. Im Rahmen von weiteren Kontrollen sowie bei Unfallaufnahmen konnten bei zehn Fahrzeuglenkern eine Fahrunfähigkeit festgestellt werden. Die mobile Radaranlagen der Landespolizei wurden im letzten Monat von insgesamt 37 589 Fahrzeugen passiert. Davon waren 2 Prozent zu schnell unterwegs. Von den Fahrzeugen, die mit überhöhter Geschwindigkeit gemessen wurden, waren 20 Prozent in Liechtenstein zugelassen. Mehr als drei Viertel der Überschreitungen fanden im Bereich zwischen 51 km/h und 55 km/h statt. Die Höchstgeschwindigkeit eines Fahrzeuglenkers betrug 89 km/h statt der erlaubten 50 km/h.

Bei Unfallereignissen oder Kontrolltätigkeiten der Landespolizei wurden bei einer Frau und neun Männern im Alter zwischen 19 und 73 Jahren deren Fahrfähigkeit angezweifelt und deshalb genauer überprüft. Bei neun alkoholisierten Lenkern konnte eine zusätzliche Beeinflussung von Betäubungs- oder Arzneimitteln festgestellt werden. Bei einem nicht fahrfähigen Fahrzeuglenker konnte ein vorgängiger Betäubungsmittelkonsum nachgewiesen werden. Die Werte der alkoholisierten Lenker lagen zwischen 1,3 und 2,0 Promille. (lpfl)

Zeugenaufruf

Münzgeld aus Fahrzeug gestohlen

Zwischen Sonntag, 16 Uhr, und Montag, 8 Uhr, begab sich eine unbekannte Täterschaft zu einem Carport eines Mehrfamilienhauses «Im Bretscha» in Schaan. Dort öffnete sie ein unverschlossenes Auto, durchsuchte das Innere und entwendete Münzgeld. Personen, welche Angaben zur Täterschaft machen können, werden gebeten, sich bei der Landespolizei unter Tel. 236 71 11 oder lnez@landespolizei.li zu melden. (lpfl)

Umfrage der Woche

Frage: Haben Sie schon Winterreifen montiert?



Aktueller Zwischenstand von gestern Abend: 379 Teilnehmer. Jetzt mitmachen auf: www.vaterland.li



Georg Kaufmann (Freie Liste), Ado Vogt (DU), Moderatorin Petra Matt, Spitaldirektorin Sandra Copeland und Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini (v.l.) tauschten Argumenten für und gegen den Neubau des Landesspitals aus. Bild: Nicolaj Georgiev

Erkenntnis: Aneinander vorbeigeredet

Vor allem die Freie Liste und die Regierung werden sich in der Spitalfrage nicht einig.

Desirée Vogt

Am 28. Oktober fand die erste Diskussionsveranstaltung zum geplanten Neubau des Landesspitals in Eschen statt – gestern nun folgte die zweite Veranstaltung im Oberland, genauer gesagt in Triesen. Und erneut war das Interesse der Besucher gross. Erneut tauschten Befürworter und Gegner des Neubaus sachlich und fair, aber bestimmt ihre Argumente aus. Allerdings bestätigte sich gestern, was bereits im Rahmen der ersten Diskussionsveranstaltung zu erkennen war: Die Freie Liste und die Regierung wollen jeweils etwas völlig anderes. Die Freie Liste will ein neues Konzept, eine Spezialklinik für Geriatrie und die Einbettung in die regionale Spitallandschaft. Die Regierung hingegen will einen Neubau, ein Spital für die Grundversorgung und Handlungs- und Wahlfreiheit. Zwischen den beiden Fronten gibt es keinen gemeinsamen Nenner. Das Fazit: Aneinander vorbeigeredet.

Unterschiedliche Ansichten zur Grundversorgung

Den Vorwurf des FL-Abgeordneten Georg Kaufmann, dass die Bevölkerung über einen Neubau eines Landesspitals abstimme, der auf einer Strategie aus dem Jahr 2008 fusse, liess Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini nicht gelten und hielt fest: «Es gibt sehr wohl eine Strategie – allerdings eine, die der Freien Liste nicht gefällt.» Seit der Abstimmung im Jahr 2011 zum Neubau eines Landesspitals am bestehenden Standort habe es viele Bemühungen gegeben, die Frage zu klären, was Liechtenstein brauche und auch wolle. Dabei sei man immer wieder zum selben Ergebnis gelangt, das auch

mehrfach und mehrheitlich vom Landtag unterstützt worden sei: Man will eine Grundversorgung im eigenen Land. Und nun werde am 24. November darüber abgestimmt, ob diese im bestehenden, alten Gebäude aufrechterhalten oder in einem neuen, modernen und zeitgemässen Gebäude angeboten werden solle.

Georg Kaufmann entgegnete, dass man den Begriff «Grundversorgung» unterschiedlich auslegen könne. Und während die Regierung diese mehr mit einer Akut- und Grundversorgung assoziiere, sei die Freie Liste überzeugt, dass eine solche auch im betreuenden und pflegenden Bereich angeboten werden könne. Kaufmanns Erkenntnis also: «Wir reden aneinander vorbei!»

Bedürfnisse statt Geld und Standort

Wie bereits auch FL-Co-Präsident in der vergangenen Woche betont hatte, ist Georg Kaufmann überzeugt, dass die strategische Ausrichtung im letzten Jahrzehnt nicht hinterfragt wurde und eine «Strategie des Alleingangs» heute überholt ist. «Ein Grundversorgungsspital für knapp 40 000 Einwohner ist vor allem mit Blick auf die regionale Spitallandschaft nicht zukunftsfähig.» Deshalb müsse endlich über Bedürfnisse statt über Standort und Geld geredet werden. Liechtenstein benötige ein Spital, das sich in die regionale Landschaft einbette und diese ergänze. «Und das muss mit unseren Nachbarn abgestimmt werden.»

Uneinig über den richtigen Zeitpunkt

«Wir haben das Geld und die Patienten – und einen Nachbarn, der auf beides angewie-

sen ist», hielt auch Ado Vogt von den Unabhängigen fest. Deshalb ist er nach wie vor fest davon überzeugt, dass eine Lösung mit Grabs bzw. der Spitalregion Rheintal-Werdenberg-Sargans gefunden werden kann. Erst dann, wenn Liechtenstein endlich seine Hausaufgaben gemacht und die Frage beantwortet habe, wo bzw. wie das Landesspital einen Platz in der regionalen Gesundheitsversorgung finde, mache es Sinn, zu bauen.

Die Gegner eines Neubaus spielen also vor allem auch auf die Frage an, ob ein Neubau denn unbedingt zum jetzigen Zeitpunkt sein muss und nicht zugewartet werden kann. Hier sind sich Spitaldirektorin Sandra Copeland und Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini einig: Der Zeitpunkt ist richtig. Und dabei gehe es nicht nur darum, dass die Umsetzung der Spitalstrategie des Kantons St. Gallen sich ebenfalls noch einige Jahre hinziehen könne und man die eigene Grundversorgung nicht davon abhängig machen wolle. Sondern eben auch darum, dass in das bestehende Gebäude viel Geld investiert werden müsse, um die Betriebssicherheit aufrechtzuerhalten. «Es stehen grosse, umfassende Sanierungsarbeiten an – und diese müssten dann bei laufendem Betrieb umgesetzt werden», bestätigte Sandra Copeland. Aufgrund der veralteten Infrastruktur sei es heute schon schwierig, effizient zu arbeiten – aber das werde künftig sicher nicht einfacher.

«Man kann es drehen und wenden, wie man will ...»

Beim Wunsch der Gegner, die Bevölkerung möge sich doch gegen einen Neubau entscheiden, damit die Regierung noch-

mals über die Bücher gehen und ihre Hausaufgaben machen kann, fragt sich Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini, welche neuen Möglichkeiten sich denn plötzlich ergeben sollten. «Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen. So viele Möglichkeiten haben wir nämlich nicht.» Es gebe nur drei Optionen: 1. Das Landesspital schliessen und zusätzliche Zimmer im Spital Grabs anbauen. 2. Eine gemeinsame Trägerschaft mit der Spitalregion Rheintal-Werdenberg-Sarganserland, in die auch Grabs eingebunden ist. 3. Eine Aufteilung der Fachgebiete ohne gemeinsame Trägerschaft – was zu Streitigkeiten bezüglich der rentabelsten Leistungsangebote führe. Am Ende führe die Diskussion im Wissen darum, dass ein eigenes Landesspital gewünscht sei, immer wieder zur Erkenntnis: «Wir müssen im Interesse das Landes handeln. Deshalb müssen wir unsere Handlungsfreiheit wahren und eigenständig handeln. Denn nur das öffnet uns Optionen für die Zukunft.» Dass Liechtenstein vor einigen Jahren nicht analog zu Grabs in Spitalregion Rheintal-Werdenberg-Sarganserland eingetreten ist, wie von einem Besucher bemängelt, erachtet der Gesellschaftsminister als weise Entscheidung. «Dann würde St. Gallen heute nicht von fünf Spitalschliessungen sprechen, sondern von fünf plus Vaduz», ist er überzeugt. «Dann würden wir heute nicht hier sitzen und über einen Neubau diskutieren, sondern darüber, wie wir die Schliessung unseres Landesspitals verhindern können und ob wir bereit sind, das jährliche Defizit von 5 bis 6 Millionen Franken zu übernehmen. Und dann wären wir wieder am selben Punkt angelangt ...»